



**Volksinitiative betreffend „Schutz der Arbeitersiedlung Thurfeldstrasse“
Bericht und Antrag des Gemeinderates betreffend Gültigkeit der Initiative
und der Empfehlung des Parlaments zuhanden der Volksabstimmung**

Der Gemeinderat

an das

Gemeindeparlament

Frau Präsidentin

Sehr geehrte Damen und Herren

Bei der Gemeindekanzlei wurde am 30. Mai 2018 die Volksinitiative „Schutz der Arbeitersiedlung Thurfeldstrasse“ mit nachstehendem Wortlaut eingereicht:

„Die Parz. Nr. 1389 und 2906 werden der zweigeschossigen Dorfzone zugeordnet. Die auf diesen Parzellen erstellten Gebäude Nr. 550, 551, 552, 553, 554, 555, 556, 557, 1094 und 1095 werden in der Kategorie B. (geschützt) des „Verzeichnisses der bedeutsamen Bauten und Anlagen (Kulturobjekte)“ der Gemeinde Weinfelden eingetragen. Das Gebäude Nr. 2380 bleibt der Kategorie A. („in der Gesamtform erhaltenswert“) zugeordnet.“

Die Begründung der Initianten lautet wie folgt:

„Die Arbeitersiedlung an der Thurfeldstrasse zählt zum Besseren, was unser Dorfbild prägt und wertvoll erscheinen lässt. Ihre Qualität, ihr bedeutender städtebaulicher Charakter liegt in ihrer linearen Aufreihung der Einzelbauten mit ihren vorgelagerten Gärten entlang der Thurfeldstrasse. Als Ensemble mit den beidseitigen Staketenzäunen wird ein wohlthuender Strassenraum definiert, als wichtiger zentraler Begegnungsraum für die Anwohner. Möglich, dass einzelne Ratsmitglieder die Häuser teilweise als „nicht schön“ betrachten. Wer aber möchte ihnen das Prädikat „hässlich“ erteilen? Entgegen weit verbreiteter Ansichten ist der bauliche Zustand der einzelnen Häuser als „brauchbar“ bis „gut erhalten“ zu beurteilen. Weit verfehlt ist, diese wegen (angedichteter) mangelhafter Bausubstanz bzw. wirtschaftlicher Sachzwänge abreißen zu müssen. Häuser dieses Zuschnitts geniessen heute schon den Status eines Liehaberobjektes, dessen Bedeutung sich in kommenden Jahren noch verstärken wird. Ebenso mit ein Grund, die Siedlung unserer Nachwelt zu erhalten, ist ihrem geschichtlichen Hintergrund zuzuschreiben. Geplant im vorletzten, in der Pionierzeit der Industrialisierung, ausgeführt bis noch zu Beginn des letzten Jahrhunderts ist sie das einzige Beispiel, welches dieser Art und in seinem Originalzustand in Weinfelden als Ganzes noch existiert. Nur wer Geschichte versteht, kann die Zukunft menschengerecht gestalten! Gebaut als bescheidene Wohnstätten für Arbeiter der damaligen Weberei Bühler, mit angegliederten Gärten für ihre teilweise Selbstversorgung, werden die einzelnen Liegenschaften selbst heutigen Wohnbedürfnissen absolut gerecht. Im Schreiben des kantonalen Amtes für Denkmalpflege vom 5. Januar 2015 an unser Bauamt ist folgender Satz nachzulesen: „Gemäss der Einstufung all ihrer Einzelbauten lautet jedoch das **Erhaltungsziel**, ihre wichtigen ortsbaulichen Merkmale zu erhalten. Hierzu zählen Kubatur, also die Höhe und Silhouette der Gebäude, mit den wichtigen äusseren Hauptakzenten. Wie auch Lage und Ständigkeit an der Strasse.“ Diese Empfehlung schliesst, unter Berücksichtigung des durchschnittlichen Bauzustandes der einzelnen Gebäude, den

Abbruch völlig aus. Wir wehren uns nicht gegen den dem Abbruchgedanken zu Grunde liegenden „Gestaltungsplan Sangenfeld West“, setzen uns jedoch dafür ein, einen alternativen Plan auszuarbeiten, der den Auftrag der „Gestaltung“ umzusetzen vermag und zugleich den Fortbestand der Arbeitersiedlung garantiert. Dies ist ohne Einschränkung der geplanten baulichen Ausnützung (Kubatur) möglich. Komitee „Pro Arbeitersiedlung““

Zustandekommen

Gemäss § 93 des Gesetzes über das Stimm- und Wahlrecht (StWG) lässt die Gemeinde aufgrund des Stimmregisters bescheinigen, welche Unterzeichnenden stimmberechtigt sind. Sie stellt fest, ob das Begehren zustande gekommen ist und veröffentlicht das Ergebnis.

Gemäss Art. 12 Gemeindeordnung (GO) ist für das Zustandekommen eines Volksbegehrens die Unterschrift von mindestens 600 Stimmberechtigten erforderlich. Aufgrund der Überprüfung anhand des Stimmregisters ist das Volksbegehren betreffend „Schutz der Arbeitersiedlung Thurfeldstrasse“ mit 681 Stimmen zustande gekommen. Der Gemeinderat Weinfelden hat das Zustandekommen der Initiative mit Beschluss vom 5. Juni 2018 formell bestätigt.

Vorgehen, Zuständigkeiten

Gemäss Art. 29 Ziffer 3. lit. c GO obliegt es dem Gemeindeparlament, zu Initiativvorschlägen Stellung zu nehmen und allfällige Gegenvorschläge auszuarbeiten.

Bezüglich Fristen ist auf die Bestimmungen von § 94 StWG abzustellen: Innert eines Jahres nach Einreichung einer Initiative hat die zuständige Gemeindebehörde – also das Gemeindeparlament – über die Initiative zu beschliessen. Innert weiterer sechs Monate ab diesem Beschluss ist die Initiative der Volksabstimmung zu unterbreiten. Mit der Vorlage des Geschäfts an das Gemeindeparlament an der Sitzung vom 13. September 2018 wird die Frist eingehalten. Mit dem voraussichtlichen Abstimmungstermin vom 25. November 2018 oder vom 10. Februar 2019 sind die weiteren Vorgaben erfüllt.

Es liegt überdies in der Zuständigkeit des Gemeindeparlaments, über die materielle Gültigkeit der Initiative zu befinden. Ein negativer Entscheid in dieser Frage wäre rechtsmittelfähig und könnte von den Initianten weitergezogen werden. Eine gültige Initiative wird mit Antrag auf Zustimmung oder Ablehnung zuhanden der Volksabstimmung beraten. Sodann könnte das Gemeindeparlament im Falle einer Ablehnung des Begehrens einen eigenen Gegenvorschlag ausarbeiten, welcher dann gemäss kantonalem Abstimmungsverfahren ebenfalls der Volksabstimmung zu unterbreiten wäre.

Zur Frage der Gültigkeit

Über die Gültigkeit einer Initiative entscheidet gemäss § 94 StWG die zuständige Gemeindebehörde. Eine Initiative, deren Begehren im ordentlichen Behandlungsverfahren nicht dem obligatorischen oder fakultativen Referendum untersteht, ist auf kantonaler Ebene nicht gültig (§ 26 in Verbindung mit §§ 36 und 43 Kantonsverfassung (KV)). Die Gemeindeordnung sieht sinngemäss die gleiche Regelung vor. Gemäss Art. 12 GO können mindestens 600 Stimmberechtigte den Erlass, die Änderung oder die Aufhebung von Reglementen oder Beschlüssen verlangen, die obligatorisch oder fakultativ der Volksabstimmung unterliegen.

Gemäss § 4 Abs. 1 Planungs- und Baugesetzes (PBG) erlässt die Gemeinde den Rahmennutzungsplan, bestehend aus Zonenplan und Baureglement. Diese Befugnis kann dem Gemeindeparlament übertragen werden. Vorbehalten bleibt das fakultative Referendum gemäss § 16 Abs. 1 Gesetz über die Gemeinden (GemG). Bezüglich Änderung des Zonenplans ist die vorerwähnte Voraussetzung somit erfüllt und diesbezüglich bestehen keine Zweifel an der Gültigkeit.

Für die zweite Forderung der Initiative, die Unterschutzstellung der genannten Gebäude, besteht momentan keine gesetzliche Grundlage. Deshalb haben die Initianten gleichzeitig mit dieser Initiative eine zweite Initiative zur Änderung von Art. 12 der Gemeindeordnung (GO) eingereicht. Diese bezweckt, dass eine Unterschutzstellung mittels Volksinitiative verlangt werden kann. Zudem stellt sich die Frage, ob die beiden Anliegen, die Zonenplanänderung und die Unterschutzstellung als Einheit der Materie angesehen werden können. Die Initianten verfolgen mit ihrer Initiative das Ziel, die Zonierung der betreffenden Liegenschaften zu ändern und diese zusätzlich im Sinne des Gesetzes zum Schutz und zur Pflege der Natur und Heimat (NHG) unter Schutz zu stellen. Beide Massnahmen sollen sicherstellen, dass die betreffenden Gebäude erhalten bleiben.

Das Bundesgesetz über die Raumplanung (RPG) bestimmt, dass eine Überprüfung und Anpassung von Nutzungsplänen – dazu gehört auch der Zonenplan – eine erhebliche Veränderung der Verhältnisse voraussetzt (Art. 21 Abs. 2 RPG). Es ist zu bezweifeln, dass sich die Verhältnisse gegenüber dem im September 2017 öffentlich aufgelegten und vom Parlament am 14. Juni 2018 verabschiedeten Zonenplan erheblich geändert haben. Ebenso bestehen Zweifel an der ortsplanerischen Recht- und Zweckmässigkeit der von den Initianten verlangten Zonenzuteilung. In diesen Punkten handelt es sich aber um eine Voraussetzung, die vom kantonalen Amt für Raumplanung respektive dem Departement für Bau und Umwelt des Kantons Thurgau vor einer allfälligen Genehmigung einer solchen Zonenplanänderung zu prüfen wäre. Die Planungsabsicht der Initianten kann jedenfalls nicht zum Vorneherein als unrechtmässig bezeichnet werden.

Im Wegweiser durch die Thurgauer Verfassung von Philipp Stähelin (N 2 zu § 27 KV) wird darauf hingewiesen, dass die Gültigkeitskontrolle mit einer „gewissen Zurückhaltung“ auszuüben sei. Im Sinne eines „in dubio pro populo“ (im Zweifel für das Volk) seien Begehren, deren inhaltliche Zulässigkeit zweifelhaft erscheine, dem Volk vorzulegen, sofern eine rechtskonforme Interpretation nicht wenigstens denkbar und nicht völlig ausgeschlossen sei. Bezüglich der Durchführbarkeit reichen allfällige Vollzugsschwierigkeiten zur Annahme der Ungültigkeit nicht aus. Vielmehr müssen sich objektive, unüberwindliche Hindernisse stellen.

Der Gemeinderat kommt daher zum Schluss, die Initiative „Schutz der Arbeitersiedlung Thurfeldstrasse“ sei inhaltlich als gültig zu erklären und der Volksabstimmung zu unterbreiten, falls sie nicht zurückgezogen wird.

Materielle Erwägungen

Die Initianten streben eine Umzonung der Grundstücke Parzellen Nrn. 1389 und 2906 mit einer Gesamtfläche von rund 10'000 m² in die Dorfzone zweigeschossig (D2) an. Bislang gehören diese Flächen zur Wohnzone für Mehrfamilienhäuser dreigeschossig (W3) und mit der Ortsplanungsrevision, die am 14. Juni 2018 durch das Gemeindeparlament verabschiedet wurde und sich momentan im Genehmigungsverfahren beim Departement für Bau und Umwelt befindet, soll sie in Wohnzone fünfgeschossig (W5) aufgezont werden. Auslöser der Initiative ist das Vorhaben der Grundeigentümer, die heute bestehende Bebauung, die aus 11 Gebäuden besteht, weichen zu lassen und verdichteten Wohnraum in Form von mehreren Mehrfamilienhäusern zu schaffen. Den Initianten geht es bei ihrem Anliegen nicht um die Verhinderung der Verdichtung, sondern um den Schutz der bestehenden Gebäude. Nebst der Umzonung in die Dorfzone wollen sie dies mit der Unterschutzstellung der Gebäude nach NHG erreichen.

Der Gemeinderat und das Gemeindeparlament haben sich in der Vergangenheit bereits dafür ausgesprochen, dass im Areal Thurfeldstrasse die heute bestehende Bebauung weichen kann und eine Verdichtung angestrebt werden soll. Dies geschah zum einen mit der in der Ortsplanungsrevision beschlossenen Aufzonung der entsprechenden Grundstücke von W3 zu W5 und zum anderen mit der erteilten Abbruchbewilligung für die bestehenden Gebäude. Gegen diese Abbruchbewilligung erhob der Thurgauer Heimatschutz Rekurs beim Departement für Bau und Umwelt. Dieser Rekurs wurde in der Zwischenzeit abgewiesen, beziehungsweise es wurde nicht darauf eingetreten. Es steht noch nicht fest, ob der Heimatschutz den Entscheid des Departements für Bau und Umwelt akzeptiert, oder an

die nächst höhere Instanz, das Verwaltungsgericht des Kantons Thurgau, weiterzieht. Erwächst der Entscheid des Departements für Bau und Umwelt in Rechtskraft, können die Gebäude abgebrochen werden.

Der Schutz von Kulturobjekten

Das Thurgauer Gesetz zum Schutz und zur Pflege der Natur und der Heimat von 1992 (NHG) verlangt, dass „...das kulturgeschichtliche Erbe, insbesondere erhaltenswerte Objekte, ... zu schützen und zu pflegen“ sind. Erhaltenswerte Objekte im Sinne dieses Gesetzes können unter anderem sein: „Siedlungen, Siedlungsteile, Baugruppen sowie Bauten, Bauteile oder Anlagen samt Ausstattung und Umgebung von kulturgeschichtlicher Bedeutung, die sich zum Beispiel durch architektonisch-formale oder handwerkliche Qualitäten auszeichnen“.

Die Gemeinden müssen gemäss Gesetz den Schutz und die Pflege solcher erhaltenswerter Objekte „in erster Linie durch Reglemente oder Nutzungspläne“ sichern. Sie leisten Beiträge an die Kosten von Massnahmen zum Schutz und zur Pflege erhaltenswerter Objekte. Hinweise auf erhaltenswerte Objekte ergeben sich vor allem aus Inventaren, Sach- und Richtplänen des Bundes, des Kantons und der Gemeinden.

Zusammengefasst sind die Gemeinden gemäss NHG verpflichtet, Kulturobjekte unter Schutz zu stellen, wenn sie als erhaltenswert beurteilt werden. Die Frage, was erhaltenswert ist, wird geklärt, indem Inventare oder Pläne des Bundes, des Kantons oder der Gemeinde konsultiert werden.

Die Gebäude an der Thurfeldstrasse

Aus Sicht der Gemeinde sind die Gebäude an der Thurfeldstrasse nicht schutzwürdig. Folgende Punkte führen zu diesem Ergebnis:

ISOS (Bundesinventar der schützenswerten Ortsbilder der Schweiz)

Im ISOS sind die strittigen Gebäude entlang der Thurfeldstrasse nicht aufgeführt. Das Gebiet gehört auch nicht zu einer Umgebungszone, welcher ein Schutzziel zugeordnet ist. Aus diesem Verzeichnis kann somit kein Grund abgeleitet werden, wonach diese Gebäude unter Schutz gestellt werden sollen.

Hinweisinventar der kantonalen Denkmalpflege

Im Hinweisinventar sind die Gebäude als „bemerkenswert“ eingestuft – mit Ausnahme des Gebäudes Thurfeldstrasse 5, welches ein Ersatzneubau aus den späten 1980er Jahren ist. Bauten, welche als „wertvoll“ oder als „besonders wertvoll“ aufgeführt sind, werden in der Regel durch die Gemeinde unter Schutz gestellt. Diese Voraussetzungen sind für die Gebäude an der Thurfeldstrasse nicht erfüllt, weshalb sich auch in diesem Inventar kein Anlass findet, um die Gebäude unter Schutz zu stellen.

Ortsbildschutzgebiet

Auf dem Geodatenportal des Kantons (map.geo.tg.ch – „Ortsbildschutzgebiete“) sind Ortsbildschutzgebiete festgelegt. In Weinfelden ist die folgende Fläche festgelegt:



Weitere Ortsteile/Baugruppen wie Weerswilen, Hard, Burg oder Bachtobel sind ebenfalls als Schutzgebiet festgelegt. Das aus denkmalpflegerischer Sicht wichtige Gebiet erstreckt sich nördlich der Bahnlinie und umfasst die Flächen, welche eine hohe Zahl an wichtigen Bauten aufweist. Natürlich gibt es auch solche ausserhalb dieser Fläche – allerdings deutlich weniger. Sofern die verschiedenen Voraussetzungen erfüllt sind, stehen Bauten auch ausserhalb dieses Gebietes heute schon unter Schutz. Das Gebiet an der Thurfeldstrasse gehört nicht dazu.

Weinfelder Verzeichnis der bedeutsamen Bauten und Anlagen

Dieses Verzeichnis ist auch für die Eigentümer bindend. Im aktuell gültigen Verzeichnis ist keines der Gebäude an der Thurfeldstrasse unter Schutz gestellt. Auch im neuen „Schutzplan Kulturobjekte“, der sich derzeit in Arbeit, beziehungsweise in Vorprüfung beim Kanton befindet, ist keines der Gebäude aufgeführt. Die Erarbeitung erfolgte in enger Zusammenarbeit mit der Denkmalpflege des Kantons. Die Denkmalpflege hat bei einigen Objekten angeregt, sie unter Schutz zu stellen, nachdem die vorerwähnte Kommission dies anders beurteilte. Allerdings gehören die betreffenden Gebäude an der Thurfeldstrasse nicht dazu – die Denkmalpflege hat im Zuge der Erarbeitung dieses Plans keine Unterschutzstellung und keine Überprüfung dieser Objekte gefordert.

Frühere Schutzverzeichnisse der Gemeinde Weinfelden

Das aktuelle Verzeichnis wurde mehrfach überarbeitet. Meist wurden neue Objekte aufgenommen, gelegentlich aber auch einzelne Bauten aus dem Schutzverzeichnis entlassen. Die Gebäude an der Thurfeldstrasse waren zu keinem Zeitpunkt in einem Schutzverzeichnis der Gemeinde aufgeführt – sie standen bisher nie unter Schutz.

Erstinstanzlicher Rekursentscheid des Departements für Bau und Umwelt vom 20.08.2018

Im Rekursentscheid des Departements für Bau und Umwelt zur Abbruchbewilligung beziehungsweise dem dagegen erhobenen Rekus wird der Entscheid der Gemeinde bestätigt, was nachstehend auszugsweise wiedergegeben wird:

- „Die hier zur Diskussion stehenden Liegenschaften an der Thurfeldstrasse 2 bis 12 sind in kantonalen Hinweisinventar als "bemerkenswert" klassiert. Hievon ausgenommen ist einzig die Liegenschaft Thurfeldstrasse 5, welche im kantonalen Hinweisinventar keine Erwähnung findet. Diese Einstufung der einzelnen Liegenschaften als "bemerkenswert" ist vorliegend unbestritten. Der Rekurrent bringt denn auch vor, die einzelnen Häuser seien an sich wohl nicht aussergewöhnlich. Einmalig sei demgegenüber das Gesamtensemble im Zusammenhang mit der Mühle, die ihrerseits mit den gut ablesbaren Erweiterungsschritten ein denkmalpflegerisches Vorzeigeejekt darstelle. Dazu würden auch die intakten Vorgärten beitragen. Die Denkmalpflege habe den Fokus auf die einzelnen Häuser gelegt und sei deshalb zur Einstufung "bemerkenswert" gelangt. Die Liegenschaften Thurfeldstrasse 2 bis 12 dürften jedoch nur als Ensemble betrachtet und beurteilt werden. Dieses Ensemble werde im kantonalen Hinweisinventar als "wertvoll" bezeichnet. Es trifft nun vorliegend zu, dass das kantonale Hinweisinventar zur Liegenschaft Thurfeldstrasse 4 folgende Aussage enthält: *"An der Thurfeldstrasse befindet sich eine grössere beachtenswerte Anreihung solcher Häuser (Nr. 4-11), die insgesamt als wertvoll einzustufen ist.* Das kantonale Amt für Denkmalpflege äusserte sich aufforderungsgemäss mit Stellungnahme vom 12. März 2018 zu dieser Aussage im kantonalen Hinweisinventar. Es legte dar, die Einstufung der historischen Gebäude des Strassenzugs als "bemerkenswert" halte einer neuerlichen Überprüfung nach fachlichen Gesichtspunkten nach wie vor stand. Auch eine kantonsweite Gegenüberstellung mit vergleichbaren Bauten rechtfertige diese Einstufung. Weder ihre architektonischen, noch gestalterischen noch handwerklichen oder ortsbaulichen Eigenschaften liessen diese Liegenschaften zu den bedeutenden Bauten der Gemeinde zählen. Zwar besitze die aus einem Strassenzug bestehende Kleinsiedlung ortsbaulichen und sozialgeschichtlichen Zeugniswert. Mit dem Verlust des Fabrikgebäudes sei jedoch ihr wichtigster Bezugspunkt, ihre Legitimation, der historische wie auch ortsbauliche Bezugspunkt verloren gegangen. Da spiele selbst die Tatsache, dass mit dem Ersatzbau, Liegenschaft Thurfeldstrasse 5 aus dem Jahre 1987 das Ensemble empfindlich gestört worden sei, keine gewichtige Rolle. Insgesamt handle es sich bei der Arbeitersiedlung um kein herausragendes Ensemble. Diese Feststellungen des Amtes für Denkmalpflege erweisen sich als nachvollziehbar und schlüssig. Der Rekurrent vermag diese nicht stichhaltig in Zweifel zu ziehen.
- „Mit dem Prädikat "wertvoll" werden gemäss kantonalem Hinweisinventar Gebäude und Anlagen klassiert, die im Ortsganzen als bedeutende Kulturzeugnisse hervortreten. Sie zeichnen sich durch besondere architektonische Gestaltung, seltene Konstruktion; handwerkliche Meisterleistung, seltene Nutzungsart oder hohes Alter, als typischer Vertreter einer Epoche oder Region, durch kunstvolle Ausstattung oder hervorragende Situation in einer Siedlung, Baugruppe oder Landschaft. Als "bemerkenswert" werden demgegenüber charakteristische Gebäude eingestuft, die zur Hauptsache das Ortsbild ausmachen, wie einfache Bürger- und Bauernhäuser, Scheunen, Industrie- und Gewerbebauten des 19. und 20. Jahrhunderts.

In casu tritt die Arbeitersiedlung im Ortsganzen nicht als bedeutendes Kulturzeugnis hervor. Auch zeichnet sie sich nicht durch besondere architektonische Gestaltung, seltene Konstruktion, handwerkliche Meisterleistung, seltene Nutzungsart oder hohes Alter als typischer Vertreter einer Epoche oder Region aus und sie nimmt auch keine hervorragende Situation in der Siedlung oder Landschaft ein. Zwar kommt der Arbeitersiedlung beziehungsweise dem Ensemble - wie die Rekurrenten und das kantonale Amt für Denkmalpflege vorbringen - eine gewisse orts- bzw. städtebauliche Bedeutung zu. Diese orts- bzw. städtebauliche Bedeutung fällt jedoch nicht in den Geltungsbereich des NHG (vgl. Erwägungen Ziffer 2.e; § 43a Abs. 5 TG NHV sowie Beschluss des Regierungsrats des Kantons Thurgau Nr. 995 vom 13. Dezember 2016 zur Verordnung betreffend die Änderung der Verordnung des Regierungsrates zum Gesetz zum Schutz und zur Pflege der Natur und der Heimat). Ihr kommt dementsprechend kein rechtlicher Schutz zu."

- „Wie in Erwägung Ziffer 2.h) ausgeführt, sind die Anforderungen für eine Einstufung der Arbeitersiedlung als "wertvoll" nicht gegeben. Es handelt sich dabei nicht um ein Objekt von kulturgeschichtlicher Bedeutung beziehungsweise um ein erhaltenswertes Objekt. Die Arbeitersiedlung erfüllt somit die Voraussetzungen an ein Schutzobjekt nicht, weshalb auch das öffentliche Interesse an einer Unterschutzstellung verneint werden muss. Der Umstand, dass die zwei Initiativen formell zustande gekommen sind, mag zwar ein Indiz dafür sein, dass ein Teil der Bevölkerung von Weinfelden den Schutz der Arbeitersiedlung befürwortet, vermag jedoch an der mangelnden

Schutzwürdigkeit der Arbeitersiedlung nichts zu ändern. Vor diesem Hintergrund erweist sich die Rüge des Rekurrenten, die Schutzwürdigkeit der Arbeitersiedlung stehe der Abbruchbewilligung entgegen, als unbegründet.“

Was bedeutet „Unterschutzstellung“?

Das Gesetz zum Schutz und zur Pflege der Natur und der Heimat sorgt unter anderem dafür, dass wichtige Bauten erhalten und fachgerecht unterhalten werden. Die Anordnungen der Gemeinden können gemäss NHG in Eingliederungs- oder Gestaltungsvorschriften, Abbruchverboten, Nutzungsbeschränkungen, umfassenden Eingriffsverboten oder Bewirtschaftungsvorschriften bestehen. Sie haben den Grundsatz der Verhältnismässigkeit in sachlicher und örtlicher Hinsicht zu wahren. Eingriffe in Objekte, die geschützt sind, bedürfen einer Bewilligung. Unterhalt und Pflege im üblichen Rahmen sind davon ausgenommen. Zuständig ist die Ortsbehörde. Die zuständigen Fachstellen des Kantons, namentlich das Amt für Denkmalpflege, beraten Ortsbehörde und Gesuchsteller.

Die Unterschutzstellung bedeutet somit für die Eigentümer der betreffenden Liegenschaften auch eine massive Beschränkung ihrer Eigentumsrechte.

Eine Unterschutzstellung setzt voraus, dass ein Gebäude üblicherweise in einem Verzeichnis oder einem Plan entsprechend aufgeführt ist. Die Eigentümerin oder der Eigentümer hat aber die Möglichkeit, sich gegen eine Unterschutzstellung zu wehren. Wenn die Gemeinde, wie aktuell im Gange, einen neuen Schutzplan erarbeitet, kann der Eigentümer oder die Eigentümerin gegen eine Unterschutzstellung opponieren. Wenn ein Gebäude im ISOS, im Hinweisinventar der Denkmalpflege und im bisherigen Verzeichnis der Gemeinde entsprechend aufgeführt ist, dürfte es schwierig sein, erfolgreich gegen eine Unterschutzstellung zu opponieren. Wenn hingegen Gebäude in keinem der zu konsultierenden Pläne oder in keiner Liste aufgeführt sind, fehlt eine wichtige Grundlage für die Unterschutzstellung. Ein Rechtsmittelverfahren gegen eine Unterschutzstellung wäre in diesem Fall erfolgsversprechend.

Entschädigungsfrage

In Zusammenhang mit der Umzonung und der Unterschutzstellung von Parzellen und Objekten muss auch die Frage der Entschädigungspflicht geklärt werden. Das Raumplanungsgesetz des Bundes (RPG) sieht unter gewissen Voraussetzungen einen angemessenen Ausgleich für erhebliche Vor- und Nachteile, die durch Planungen entstehen, vor. Auch im PBG des Kantons Thurgau und im Gesetz über die Enteignung gibt es Anhaltspunkte. Die Rechtspraxis zur Frage der sogenannten materiellen Enteignung ist einzelfallbezogen. Erst ein entsprechendes Verfahren würde Klarheit bringen, ob die Gemeinde eine Entschädigung leisten muss oder nicht.

Wie geht es weiter?

Mit der Annahme der Initiative müssten die Zonenplanänderung in Angriff genommen werden und der Prozess zur Unterschutzstellung der betreffenden Gebäude, sofern auch die Initiative zur Änderung von Art. 12 der Gemeindeordnung angenommen wäre, durch den Gemeinderat angeschoben werden. Die Umzonung und die Unterschutzstellung der Gebäude wären aber nicht definitiv, da die Grundeigentümer legitimiert sind, in beiden Verfahren den Rechtsmittelweg zu beschreiten. Dies hiesse nichts anderes, als dass genau das, was Gegenstand des Rekursentscheides des Departements für Bau und Umwelt bildet, erneut rekursweise überprüft werden müsste.

Zusammenfassend ist festzuhalten:

- Bei der Unterschutzstellung von Objekten handelt es sich um ein fachliches Thema.
- Die Gebäude an der Thurfeldstrasse gelten seit Einführung der Schutzplanverzeichnisse 1984 nicht als wertvoll oder besonders wertvoll und stehen somit nicht unter Schutz. Auch die Überprüfung des Schutzverzeichnisses der Gemeinde Weinfelden in den letzten beiden Jahren, die in enger Zusammenarbeit mit dem kantonalen Amt für Denkmalpflege durchgeführt wurde, hat zu keinen anderen Erkenntnissen geführt.
- Diese Beurteilung der Nichtschutzwürdigkeit wird im Rekursentscheid bezüglich Abbruchbewilligung der betreffenden Gebäude durch das Departement für Bau und Umwelt des Kantons Thurgau geschützt.
- Eine Unterschutzstellung stellt einen massiven Eingriff in die Eigentumsrechte der Liegenschaftsbesitzer dar. Durch die Unterschutzstellungsmöglichkeit per Volksabstimmung wird der fachliche Aspekt ausgehebelt und es wird möglich, willkürlich Liegenschaften unter Schutz zu stellen, beziehungsweise mindestens den Unterschutzstellungsprozess anzuschieben.
- Sind eine Unterschriftensammlung und eine Volksabstimmung für die Unterschutzstellung nötig, ist davon auszugehen, dass der Liegenschaftsbesitzer sich gegen die Unterschutzstellung wehrt und Kanton und Gemeinde diese nicht befürworten, beziehungsweise für nötig halten. Dem Liegenschaftsbesitzer steht bei einer Unterschutzstellung der Rechtsweg offen.
- Stimmbürgerinnen und Stimmbürger dürfen den Anspruch haben, dass Volksentscheide umgesetzt werden. Dies ist im vorliegenden Fall alles andere als sicher, da die Chancen der Liegenschaftsbesitzer, bei der Beschreitung des Rechtswegs Erfolg zu haben, sehr gross sind.

Der Gemeinderat gelangt aus diesen Gründen einstimmig zur Auffassung, dass die Initiative „Schutz der Arbeitersiedlung Thurfeldstrasse“ abzulehnen sei.

A n t r ä g e

- 1. Die Initiative „Schutz der Arbeitersiedlung Thurfeldstrasse“ sei gültig zu erklären.**
- 2. Die Initiative „Schutz der Arbeitersiedlung Thurfeldstrasse“ sei mit dem Antrag auf Ablehnung der Volksabstimmung zu unterbreiten.**
- 3. Auf die Ausarbeitung eines Gegenvorschlags sei zu verzichten.**

GEMEINDERAT WEINFELDEN

Der Gemeindepräsident: Max Vögeli
Der Gemeindeschreiber: Reto Marty

Weinfelden, 28. August 2018